

Soll das wirklich Deutschlands neue Freiheit sein?

Stand: 19.02.2022 | Lesedauer: 6 Minuten



Von **Kristina Schröder**
Autorin



Quelle: Oliver Ruether/laif

Während geimpfte Erwachsene kaum noch einen Unterschied zum vorpandemischen Zustand spüren, wird der Alltag der Kinder weiter von Corona dominiert. Nun heißt es, die Maskenpflicht an Schulen bleibe vielerorts bestehen. Wie soll ich diese Logik noch meinen Töchtern erklären?

„Mama, Opa hat gesagt, dass Corona nie mehr weggeht. Bleiben die Maßnahmen in der Schule jetzt immer?“ Diese Frage stellt unsere Zehnjährige mir in verschiedenen Varianten seit Wochen. Und die Siebenjährige, die in die zweite Klasse geht, hört bang zu, sie kennt Schule, in der zum Beispiel alle Kinder auf dem Pausenhof miteinander spielen dürfen, gar nicht.

Während die meisten geimpften Erwachsenen kaum noch einen Unterschied zum vorpandemischen Zustand merken, wird der Alltag von Kindern nach wie vor erbarmungslos von der Pandemie dominiert, von Tests, Masken, Quarantänen – und von Absagen. Das Schulfest, das Weihnachtskonzert, die Kindergartenübernachtung, die Projektwoche, die Bundesjugendspiele, die Arbeitsgemeinschaften, die Sportwoche, der Chor, das

Schulschwimmen, die Theateraufführung, die Klassenfahrt: das alles wurde bereits gestrichen, vieles davon unwiederbringlich.

Ich versuche, die Frage meiner Tochter optimistisch zu beantworten. Ja, Corona wird nie weggehen. Aber die Politik wird irgendwann beschließen, dass wir jetzt bereit sind, mit Corona normal zu leben, dank Impfungen und durchgemachten Infektionen wird die Krankheit zum Glück auch für die Risikogruppen immer ungefährlicher. Und für Kinder war sie noch nie ein großes Risiko, darauf wird die Politik schon bald, bestimmt sehr bald, reagieren, so rede ich.

Seit dem Beschluss der Ministerpräsidentenkonferenz (MPK)

(/politik/deutschland/plus236932529/Corona-Regeln-Weitere-Erleichterung-fuer-Geimpfte-und-Genesene-Der-neue-Beschlussvorschlag.html) in dieser Woche fällt mir diese Zuversicht sehr schwer. Denn die Lockerungen, die für die nächsten Wochen bis zu einem zaghaften „Freedom Day“ am 20. März geplant sind, sollen wohl tatsächlich fast ausschließlich für Erwachsene gelten. Kinder und Jugendliche bekommen nur einen verbalen feuchten Händedruck, (/wirtschaft/article236956705/Freedom-Day-Kinder-gehen-bei-Corona-Lockerungen-leer-aus.html) ihnen wird für ihre „große Solidarität“ gedankt und betont, sie litten unter der Pandemie und ihren Maßnahmen „in besonderem Maße“.

Daher sähen der Bundeskanzler und die Länderchefs die Notwendigkeit „auch weiterhin sämtliche Anstrengungen zu unternehmen, die Folgen der Pandemie für Kinder und Jugendliche abzumildern“, heißt es in Beschlusspunkt zwölf, der als einziger von 14 keinerlei konkrete Ankündigung enthält.

Die findet sich weiter vorne. Ab dem 20. März sollen „tiefgreifende Schutzmaßnahmen“ entfallen und nur noch „niedrigschwellige Basisschutzmaßnahmen“ gelten. Hierzu zählten insbesondere Test- und Maskenpflichten für „Publikumseinrichtungen“ und „Busse und Bahnen“. Konnte man bis zu diesem Punkt, der auch schon in den Entwürfen der Tage zuvor auftauchte, noch argumentieren, dies gelte ja nicht für Schulen, die ohnehin Ländersache sind, wurde diese Hoffnung am Mittwoch jäh zerschlagen. Die MPK nahm extra noch folgenden Satz auf: „Diese Möglichkeiten sind auch für Schulen und Kindertageseinrichtungen notwendig.“

Für unsere siebenjährige Tochter, die – mit Ausnahme von ein paar Wochen im Sommer – seit ihrer Einschulung vor eineinhalb Jahren jeden Tag in Schule und Nachmittagsbetreuung sieben Stunden lang eine Maske trägt, die damit lesen und schreiben lernen musste und die sogar noch Glück hat, dass sie sie anders als Kinder in anderen Bundesländern nicht auch noch beim Sportunterricht tragen muss, soll dies also keine „tiefgreifende“ Maßnahme sein?

Es gibt nur wenige Berufsgruppen, wo wir so etwas Erwachsenen zumuten. Busfahrer etwa haben vielerorts Plexiglasscheiben um den Fahrersitz erhalten und dürfen die Maske schon lange abnehmen. Und künftig soll es wohl auch in Büros keine Maskenpflicht mehr geben, denn die sind in der Regel keine „Publikumseinrichtungen“.

Den Kindern mache die Maske ja gar nichts aus, sie machten das so toll, wird an dieser Stelle gerne unter allgemeinem Nicken versichert, und so wird aus einer Maßnahme, die wir in dieser Härte fast nur Kindern und Jugendlichen zumuten, eine „Basisschutzmaßnahme“, die auf unbestimmte Zeit und ohne jegliche Zieldefinition einfach weiter gelten soll.

Ein paar kleinere Bundesländer wagen einen anderen Kurs und haben ein baldiges Ende der Maskenpflicht am Platz angekündigt, Schleswig-Holstein, Sachsen-Anhalt und Mecklenburg-Vorpommern. In Sachsen hat sie in Grundschulen nie gegolten, wie übrigens in vielen anderen europäischen Ländern auch nicht. Aber die meisten Bundesländer wollen offenbar daran festhalten.

„Möglichkeiten für konsequente Konzepte inklusive Masken- und Testpflichten zum Schutz der Schüler“, fordert etwa Bayern in einer Protokollerklärung. Die FDP-Fraktion Nordrhein-Westfalens jubelt auf Twitter über einen „Befreiungsschlag für Kunst, Kultur, Sport, Veranstaltungen“. Nur nicht für Kinder und Jugendliche. Zu ihnen heißt es lediglich, dass „wir in den Schulen beim Präsenzunterricht bleiben“, was offenbar genug der Befreiung sein soll. „Mit Maske und Test“, so die Liberalen erbarmungslos.

Und bei den Grünen treffen sich die neue Vorsitzende, Ricarda Lang, und Bundestagsvizepräsidentin Katrin Göring-Eckhardt mit einem der Sprecher [von #Wirwerdenlaut](https://www.change.org/p/frau-bundesministerin-stark-watzinger-wirwerdenlaut-schulen-in-der-f%C3%BCnften-welle), einer Initiative von 100 Schulsprechern (von insgesamt 32.000 Schulen) (<https://www.change.org/p/frau-bundesministerin-stark-watzinger-wirwerdenlaut-schulen-in-der-f%C3%BCnften-welle>), unterstützt von den einschlägigen NoCovid-Aktivisten. Lang

twittert dazu ein Foto, wie man vertraut und ohne Maske zusammensitzt und über Forderungen der Initiative wie „kostenlose FFP2-Masken“ für Schulen spricht.

„Räume zum Spielen, Lernen und Kind sein“ müssten „endlich wieder sicher werden“, so Lang in kompletter Ignoranz der Tatsache, dass es außer Krankenhäusern und Pflegeeinrichtungen kaum öffentliche Einrichtungen in Deutschland geben dürfte, in dererart viele Maßnahmen zur Eindämmung des Infektionsgeschehens gleichzeitig angewendet werden wie in Schulen.

Das Problem ist, dass das Narrativ, Kinder müssten „geschützt“ werden, verhängt. Natürlich bei vielen Eltern, die in einer teils völlig irrationalen Angst um die Gesundheit ihrer Kinder gefangen sind und die die bemerkenswert einhellige Position der pädiatrischen Fachverbände, dass Covid-19 für Kinder und Jugendliche nur ein äußerst geringes Risiko darstellt – und sich dieses mit Omikron nochmals deutlich reduziert hat (<https://dgpi.de/kinder-omikron-variante/>) –, nicht zur Kenntnis nehmen können oder wollen.

Und es verhängt, wird auch teilweise aktiv befeuert von großen Teilen der Politik. Und zwar deshalb, weil so die Schulschließungen, die Deutschland mit am längsten in Europa durchzog, im Nachhinein legitimiert werden können. Dabei ist dies der Versuch einer Geschichtsklitterung.

Die Schulen wurden zur Eindämmung des Infektionsgeschehens geschlossen, in der politischen Debatte 2020 ging es darum „ob Kinder so infektiös sein könnten wie Erwachsene“ oder auch nicht, aber nicht um ihren Schutz, wie die „Süddeutsche“ jetzt noch einmal in einer ausgesprochen verdienstvollen Rekonstruktion der damaligen Debatte dokumentiert hat (<https://www.sueddeutsche.de/projekte/artikel/politik/corona-und-die-schulen-deutschlands-problemzone-e671108/?reduced=true>). Und auch das Bundesverfassungsgericht hat in seinem Urteil, in dem es die Schulschließungen im Frühjahr 2021 vollumfänglich für rechtmäßig befunden hat, noch nicht einmal den Versuch unternommen, zu behaupten, diese seien zum Schutz der Kinder notwendig gewesen.

Kindern und Jugendlichen monatelange Schulschließungen, deren Folgen sie mitunter lebenslang spüren, fremdnützig auferlegt zu haben – das lässt sich nicht besonders gut

verkaufen, und so möchte man vielleicht auch nicht in die Geschichtsbücher eingehen. Also muss es um „Kinderschutz“ gehen.

Göring-Eckhardt hat dafür im Herbst 2021 ein sehr passendes Bild geprägt: Einen „besonderen Schutzkokon“ um Kinder wolle sie bauen. (<https://www.rnd.de/politik/ampel-parteien-zum-ende-der-epidemischen-lage-der-25-november-wird-kein-freedom-day-werden-HTLG7XCLVWFEXIEMQJ3BR4GFUQ.html>) Unsere Kinder, eingezwängt in einen Kokon, der sie schützen mag, aber jegliche Entfaltung verhindert. Bei mir hat dieses Bild nur Beklemmung ausgelöst. Soll das wirklich Deutschlands neue Freiheit sein?

Kristina Schröder war von 2002 bis 2017 Mitglied des Deutschen Bundestages und von 2009 bis 2013 Bundesministerin für Familien, Senioren, Frauen und Jugend. Sie gehört der CDU an und ist Mutter von drei Töchtern. Eine Auswahl ihrer besten WELT-Kolumnen ist Mitte September als Buch mit dem Titel „FreiSinnig“ (Claudius-Verlag, 184 Seiten, 18 Euro) erschienen.

Teilen Sie die Meinung des Autors?

JA  1481

NEIN  55

Die WELT als ePaper: Die vollständige Ausgabe steht Ihnen bereits am Vorabend zur Verfügung – so sind Sie immer hochaktuell informiert. Weitere Informationen: <http://epaper.welt.de>

Der Kurz-Link dieses Artikels lautet: <https://www.welt.de/236981333>